

Notizen zum Zeitgeschehen

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Judaica : Beiträge zum Verstehen des Judentums**

Band (Jahr): **17 (1961)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

über weniger durch Gefahren von außen bedroht, als durch die Assimilation und Desintegration von innen.

Auf dem Kongreß selbst bemühte sich Ben Gurion, eine gemäßigte Sprache zu führen. Er sprach von einer wechselseitigen Wirkung beider Teile der Judenschaft. Für das Weiterbestehen des Staates in der Diaspora seien zwei Faktoren wesentlich, nämlich die stärkere Einwanderung und die intensivere jüdische Erziehung in der Zerstreuung. Immerhin habe der Staat dem jüdischen Volk die Einigung gegeben, und sie sei eine entscheidende Vorbedingung schlechthin für das Fortbestehen des Judentums.

Die schließliche Resolution des Kongresses redete darum von verstärkter Einwanderung und verstärkter Erziehung in der Diaspora. Ebenso gedachte man besonders der Lage der Juden in der Sowjetunion. Mit Sorge sprach man von dem starken Rückgang der Spenden für Israel, wenn es uns auch in Erstaunen setzen dürfte, zu hören, daß bisher 620 Millionen Dollars (2½ Milliarden DM) aufgebracht wurden. Immerhin müßte man das Tempo der Schaffung neuer Siedlungen wesentlich zurückschrauben, wenn ferner die Einwanderung wie in den letzten Jahren so gering bliebe.

Bemerkt sei auch, daß Dr. Goldmann mit Recht darauf hinwies, daß nicht nur Zionisten, sondern auch Vertreter anderer jüdischer Körperschaften auf dem Kongreß anwesend waren. Das sei bisher noch niemals auf dem Zionistenkongreß der Fall gewesen, so daß dieser Kongreß insbesondere damit das Zeichen jüdischer Solidarität erhalten habe. Demgegenüber sei aber hervorgehoben, daß zumal innerhalb der großen Judenschaft der USA (über 5 Millionen) sich ein starker Gegensatz zwischen Zionisten und Nichtzionisten entwickelt hat, so daß Goldmanns Bemühungen, über die Zionisten hinaus jüdische Organisationen zur Mitarbeit zu bewegen, von großer Bedeutung sind.

Bethel/Bielefeld

G. J.

NOTIZEN ZUM ZEITGESCHEHEN

Antisemitisches am Jahresende 1959/60 der Fall gewesen ist. Aber es hat doch Antisemitisches genug gegeben da und dort. In Wien ging ein Prozeß zu Ende gegen eine Handvoll

Der Jahreswechsel hat uns dies Mal keine Welle von Antisemitismus gebracht, wie dies

von jugendlichen Neo-Nazis. Die Anklage bezichtigte sie der Verbreitung von antisemitischen Schriften. In Dublin wurde die Synagoge mit Hakenkreuzen und judenfeindlichen Sprüchen beschmiert. An die Türen waren Peitschen gemalt, wie man sie in gewissen Konzentrationslagern verwendete. Kultische Gegenstände wurden von Eindringlingen gestohlen und auch die Thorarolle beschädigt. In Durban wurden antisemitische Flugblätter an Schaufenster und Windschutzscheiben von Autos geklebt. Die Hetzblätter waren abgefaßt als «Vertrauliche Mitteilung an alle Juden», in welcher angebliche Anweisungen für die endgültige Machtübernahme der Juden gegeben wurden.

Der Eichmann-Prozeß

Als neues Datum für den Beginn des Prozesses gegen Eichmann wird der 10. April 1961 genannt. Von seiten des Jüdischen Weltkongresses sind vorbeugende Maßnahmen gegen antisemitische Wellen, die im Zusammenhang mit diesem Prozeß zu befürchten seien, verlangt worden. Es sei augenscheinlich, daß die Führer der antisemiti-

schen Organisationen in manchen Ländern, vorab auch in Lateinamerika, antijüdische Manifestationen planen. Auch in Deutschland seien solche Ausbrüche für möglich zu halten. «Es kann sein, daß der Neo-Nazismus auf den Eichmannprozeß mit neuer antisemitischer Tätigkeit im Weltmaßstab reagieren wird. Das jüdische Volk ist rechtzeitig von einer derartigen Entwicklung zu warnen und sollte schon jetzt an die etwaigen Gegenmaßnahmen denken», erklärte an einer Pressekonferenz der Direktor des Jüdischen Weltkongresses, Dr. Riegner, aus Genf.

Servatius braucht mehr Zeit

Der Beginn des Eichmannprozesses, der ursprünglich auf den 1. März 1961 anberaumt und dann auf den 15. März verschoben wurde, ist nun noch einmal vertagt worden, und zwar auf den 10. April. Dr. Robert Servatius, Eichmanns Verteidiger, hat um diese neuliche Verschiebung des Prozesses nachgesucht mit dem Hinweis auf das große Material, das durchgearbeitet werden müsse. Eichmann soll im Gefängnis an

die 4000 Seiten geschrieben haben, die alle gelesen werden müssen.

Ein Jurist hat Bedenken

Der Tagesanzeiger für Stadt und Kanton Zürich veröffentlichte die Gedanken eines Juristen über die rechtlichen Voraussetzungen des Eichmann-Prozesses. Einleitend wird als allgemein bekannte Tatsache festgestellt, daß die Festnahme Eichmanns unter Umständen erfolgte, die eine flagrante Verletzung völkerrechtlicher Normen darstellte. Bedenken bestehen in bezug auf die Zuständigkeit eines israelischen Gerichtshofes, da der Staat Israel zur Zeit als Eichmann seine Verbrechen beging, noch nicht existierte. Nach den allgemein in Europa geltenden strafrechtlichen Lehren besitzt ein Staat nur dann einen eigenen Strafanspruch, wenn die Tat auf seinem Gebiet oder gegen einen eigenen Staatsangehörigen im Ausland begangen wurde. Auf Grund dieser Ordnung hätten nach der Festnahme Eichmanns verschiedene Staaten einen Anspruch auf Aburteilung anmelden können, allen voran Deutschland, aber auch Polen

und Ungarn. Für alle diese Staaten wäre es aber kaum möglich gewesen, an Israel ein Auslieferungsbegehren zu stellen, weil dies eine indirekte Anerkennung der Verschleppung Eichmanns bedeutet hätte. Auf den vielfach geäußerten Gedanken, die Aburteilung Eichmanns falle eigentlich in die Zuständigkeit des Nürnberger Gerichtshofes wird mit der Bemerkung reagiert, daß auch der Nürnberger Prozeß rechtlich gesehen sehr dürftig fundiert gewesen sei. Zur Frage des Strafmaßes meint unser Jurist, es sei kaum daran zu zweifeln, daß der israelische Gerichtshof Eichmann zum Tode verurteilen würde, was jedermann verständlich sei, auch wenn er bezüglich der rechtlichen Basis des Prozesses ernste Bedenken haben sollte. Eine mildere Strafe würde allgemein als inadäquat empfunden.

Der 25. Zionistenkongreß

In Jerusalem ist im Januar dieses Jahres der 25. Zionistenkongreß zu Ende gegangen. Dieser dauerte drei Wochen und war einer der größten Kongresse, die je gehalten wurden. Über 500 stimmberechtigte Delegierte wa-

ren anwesend, dazu die Ersatzdelegierten, die Vertreter der befreundeten Welt- und Landesorganisationen. Über 300 Reden wurden am Kongreß gehalten. Die wichtigsten derselben waren den Fragen der Einwanderung und der Erziehung gewidmet.

Weltverband jüdischer Journalisten

In Jerusalem fand eine Journalistenkonferenz statt mit dem Zwecke, die Gründung eines Weltverbandes jüdischer Journalisten vorzubereiten. Dr. Nahum Goldman und Ben Gurion ergriffen bei dieser Gelegenheit das Wort. Zeitungsleute aus den USA, England, Frankreich, Deutschland usw. berichteten über die Situation der jüdischen Presse in den betreffenden Ländern.

Philosophen mahnen

Verschiedene Konflikte, die in letzter Zeit in Israel entbrannt sind und die augenscheinlich nicht beigelegt werden können — die bekanntesten sind: der Konflikt um den Minister Lavon wegen einer verunglückten Spionageaffäre und dann der Kampf

um das Oberrabbinat —, haben einige Professoren der Universität von Jerusalem auf den Plan gerufen. In einem Appell, der auch von Prof. Martin Buber unterzeichnet ist, werden die politischen Führer Israels davor gewarnt, daß ihre Kontroversen im Lande eine Vertrauenskrise hervorrufen könnten. In diesem Appell wird gesagt: «Viele Bürger fühlen sich über den Ausbruch der zahllosen Kontroversen und der Streitigkeiten betroffen und betrachten sie nicht als einen Prinzipienstreit, sondern als einen Kampf um Machtpositionen.»

Eine «offizielle Geschichte»

Prof. Talmon, Historiker an der Hebräischen Universität zu Jerusalem, der beauftragt worden war, eine «offizielle Geschichte» vom Werden des Staates Israel zu schreiben, hat diesen Auftrag zurückgegeben. Dieser Entschluß scheint in Israel manche überrascht zu haben, zumal Prof. Talmon auch zu jener Gruppe von Professoren gehört, welche kürzlich die Politiker ermahnten, die Interessen des Landes um ihrer Machtkämpfe willen nicht zu vergessen. Prof. Talmon gibt aber fol-

gende Gründe für seinen Entschluß an: das Land Israel sei immer noch belagert, und die Rücksicht auf die Landessicherheit würden ihm Schranken auferlegen, die er als Wissenschaftler nicht annehmen könne, viel der zu behandelnden Fragen seien zudem kontrovers, manche Menschen, um die es gehe, seien noch am Leben usw., das Land stehe zudem noch unter der Herrschaft einer Zensur.

Ein «Afro-asiatisches Institut» in Israel

Im «Worker's House» zu Tel-Aviv ist ein Afro-asiatisches Institut eröffnet worden. Sechzig Studenten aus den jüngsten Staaten Afrikas sind aufgenommen worden. Sie werden in französisch-englischen Parallelkursen auf den Gebieten der Arbeitsfragen, der Gewerkschaftsorganisation, der Kooperativen usw. geschult. Es ist ein Programm von dreihundert Lehrstunden vorgesehen. Der Unterricht wird durch Universitätsprofessoren und Fachleute erteilt, und es wird auch in kleinen Studiengruppen gearbeitet, die von akademischen «Tutors» betreut werden, was eine indivi-

duelle Führung jedes einzelnen der afrikanischen Studenten ermöglicht. Auch mit Burma bestehen Kontakte, so daß auch von dort her Studenten zu erwarten sein werden.

Eine Atombombe im Heiligen Land

Gerade als man sich anschickte, das Weihnachtsbäumlein zu rüsten, ging durch die Weltpresse die sensationelle Nachricht, daß Israel eine Atombombe konstruiere. Das gab Staub genug auch in Israel selber, daß sich die Knesseth dieser Angelegenheit annehmen mußte. Hier bezeichnete Ben Gurion die Nachrichten über die israelische Atombombe kurz und bündig als Lügen. Es handle sich bei dem in Frage stehenden Objekt um einen zweiten Reaktor, der ausschließlich friedlichen Zwecken diene.

Maler aus Israel stellen aus

In Zürich ist zur Zeit eine Ausstellung zu sehen im Israelitischen Gemeindehaus, die Einblick gibt in das Schaffen junger israelischer Maler. Die Ausstel-

lung steht unter dem Patronat des Generalkonsuls des Staates Israel in Zürich. Der Großteil der ausgestellten Bilder sind Landschaften, Stilleben sind seltener, einige biblische Themen werden behandelt, und fast vergeblich sucht man nach Darstellungen von spezifisch jüdischen Dingen wie etwa «Sabbath in Safed» von Nahum Gutman.

Jüdisches Leben in Rußland

Die Bemühungen, in Rußland unter dem gegenwärtigen Regime für jüdisches Leben Raum zu schaffen, gehen weiter. In einer diesbezüglichen Audienz im Kulturministerium machte Frau Furtseva geltend, daß es in Rußland überhaupt keine jüdischen Probleme gebe, 34% des Personals der Filmindustrie bestehe aus Juden, ferner seien 10% der Akademie der Wissenschaften ebenfalls Juden, auch im diplomatischen Dienst z. B. bei der UNO seien Juden in Stellung. Schließlich meinte sie, man könne für die jiddische Kultur keine Vorrechte schaffen in einer Zeit, da die Völker Rußlands im Begriffe seien, die russische Kultur und Sprache anzunehmen.

Deutschlands Wiedergutmachung

Das Bundesfinanzministerium hat in einem Bericht mitgeteilt, daß für die Wiedergutmachung 25 Milliarden DM aufgewendet werden müssen. Bei der Beschaffung dieser Summe sind die Bundesländer zur Hälfte beteiligt. Bis zum September 1960 wurden 12,62 Milliarden DM bezahlt. Für das laufende Jahr 1961 sind 1,8 Milliarden DM zur Auszahlung vorgesehen. In den folgenden Jahren sollen die jährlichen für diesen Zweck bestimmten Ausgaben die Summe von 2 Milliarden DM übersteigen. Von den 2,7 Millionen Fällen von Einzelansprüchen sind erst 1,3 Millionen erledigt, ebenso viele sind noch hängig.

Die Juden in Deutschland

Nach dem Bericht eines Frankfurter Rabbiners sind in den letzten Jahren etwa 5000 Juden aus Israel nach Deutschland zurückgekehrt. Jeder von ihnen habe zunächst erklärt, nur für kurze Zeit bleiben zu wollen. Fast alle seien aber heute noch da. Sie hätten sich eingeordnet und eingerichtet und dächten kaum mehr daran, nach Israel

zurückzukehren oder in ein anderes Land zu gehen. In Frankfurt seien für die Kinder dieser Rückkehrer, die in der Regel nur hebräisch verstehen, besondere hebräisch geführte Unterrichtsklassen eingerichtet worden.

Kennedy und Israel

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat sich inzwischen durch seinen Botschafter auch über den Staat Israel ins Bild setzen lassen. Jüdischerseits erwartet man, daß Kennedy seinem Wahlversprechen gemäß für einen baldi-

gen Frieden zwischen Israel und den arabischen Ländern eintreten wird und dazu eine Garantie der heutigen israelischen Grenzen. Im einzelnen wünscht Israel mit Kennedy über folgende Punkte ins Gespräch zu kommen: 1. Die Garantie der Grenzen als Bestätigung der Deklaration der Westmächte vom Jahre 1950. 2. Die Durchführung des Johnston-Planes über die Verteilung und Verwendung des Jordanwassers. 3. Die freie Durchfahrt durch den Suezkanal für israelische Schiffe. 4. Die arabischen Flüchtlinge. 5. Über die Weiterführung der ökonomischen Hilfe für Israel. *Spectator*

REZENSION

GUIDO KISCH-KURT ROEPKE: *Schriften zur Geschichte der Juden*, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Institute of Jews from Germany, H. 4, 1959, J. C. B. Mohr Verlag, Tübingen. 49 S., kart. DM 5.80.

Diese bibliographische Arbeit bietet eine Zusammenstellung der Dissertationsliteratur und enthält alle von 1922 bis 1955 in Deutschland und bis 1956 in der Schweiz erschienenen Dissertationen, die jüdisch-wissenschaftliche Themen behandeln. Insgesamt werden 381 Titel nach ihrem Inhalt geordnet aufgeführt. Von allgemeinerem Interesse sind die Arbeiten, die zum Themenkreis der «Sozial-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte der Juden» oder der «Geschichte des Antisemitismus in Deutschland» verzeichnet sind. Diese Bibliographie, die sich auszeichnet durch ihre vorbildlich klare Anlage, dürfte vielen, die sich mit jüdischen Dingen wissenschaftlich beschäftigen, eine wertvolle Hilfe sein.

Zürich

Robert Brunner